

S I D

Society for International Development

Chapter Bonn



Nachlese zum 27. Entwicklungspolitischen Fachgespräch

Entwicklungspolitische Konzeptionen und Entwicklungszusammenarbeit der EU-Beitrittsländer

Gespräch mit Prof. Dr. Michael Bohnet

Überblick

Mit der EU-Erweiterung im Mai 2004 werden alle 10 neuen Mitgliedsstaaten den Gemeinschaftlichen Besitzstand ("Aquis Communautaire") übernehmen. Darin eingeschlossen ist der gesamte Rechtsstand der Gemeinschaft mitsamt den Abkommen auf dem Gebiet Entwicklungspolitik.

Für den Bereich Entwicklungspolitik wurden von den meisten Staaten bereits Konzepte erarbeitet. Generell lässt sich sagen, dass der Schwerpunkt der Beitrittsländer in der Weitergabe eigener Erfahrungen im Transformationsprozess liegt. Sie konzentrieren sich auf Technische Zusammenarbeit. Nur Polen und Ungarn vergeben Kredite. Regional konzentrieren sich die Beitrittsländer vor allem auf Zentralasien, den Kaukasus und Südosteuropa. Nirgends gibt es eigene Ministerien für Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Die EZ ist offiziell mit jeweils etwa 3-8 Mitarbeitern im Außenministerium angesiedelt, die Zuständigkeiten sind faktisch aber oft zersplittert, d.h. auf verschiedene Ministerien verteilt.

Der entwicklungspolitische Kenntnisstand der Bevölkerung in den Beitrittsstaaten ist noch gering, EZ wird eher als humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe verstanden. In einigen Ländern existieren NROs und teilweise bereits NRO-Plattformen.

Im folgenden ein kurzer Überblick über die Konzeptionen und EZ-Struktur der einzelnen Beitrittsländer:

Polen

ausführliches, strukturiertes Konzept; Schwerpunkt: Menschenrechte und Armutsbekämpfung

Regionaler Schwerpunkt: SO-Europa, Afghanistan, Jemen, Mongolei
viele NROs, Ausbildungsstipendien an Personen aus Partnerländern

ODA: 35 Mio. EUR/0,02% des BSP

Tschechien

präzise Festlegung; Schwerpunkte Umweltschutz/Ökologie, Gesundheit
Regionaler Schwerpunkt: Tätig in 50 Ländern mit 80(!) Projekten, v.a. SO-Europa, auch
Mittlerer und Naher Osten sowie Lateinamerika
Gut organisiertes NRO-Wesen, Ausbildungsstätten für EZ-Fachkräfte
ODA: 26 Mio. EUR/0,07% des BSP

Slowakei

Vorzügliche Konzeption; Schwerpunkt Öffentliche Verwaltung und Finanzen,
Landschaftsplanung
Regionaler Schwerpunkt: Serbien-Montenegro u.a.
Kaum NROs
ODA: 10 Mio. EUR/0,06% des BSP

Ungarn

Stark fokussiert auf eigene ökonomische Interessen
Regionaler Schwerpunkt: Serbien, Bosnien-Herzegowina, Vietnam
Eigene Durchführungsorganisation (HUN-IDA), geplant
Starke NRO, kirchliche NROs spielen große Rolle
ODA: 20 Mio. EUR/0,1% des BSP

Estland

Präzises Konzept; Schwerpunkt Informationstechnologie
Regionaler Schwerpunkt: Ukraine, Weißrussland, Armenien, Georgien
Round-Table-Gespräche mit NROs
ODA: 1,8 Mio. EUR , 0,03% des BSP

Lettland

Eigenes Konzept; Schwerpunkt Humanitäre Hilfe, Katastrophenhilfe
Regionaler Schwerpunkt: Moldawien, Ukraine, Weißrussland
NRO-Strukturen erst in Ansätzen entwickelt, aber hohes Engagement, hohe Zustimmung
zum EU-Beitritt
ODA: 1,4 Mio. EUR, 0,03% des BSP

Litauen

Eigenes Konzept
Regionaler Schwerpunkt: Moldawien, Ukraine
Kaum institutionelle Struktur, EZ sehr zersplittert wegen des komplizierten politischen
Systems
ODA: 2 Mio. USD, 0,05% des BSP

Slowenien

Noch keine Konzeption, aber in Vorbereitung; Schwerpunkt Öffentliche Finanzen
Regionaler Schwerpunkt: Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro
Fast keine NROs
ODA: 25 Mio. EUR, 0,12% des BSP

Malta

Beginn der Entwicklung eines Strategiekonzept.
ODA: 0,5 Mio. EUR, 0,01% des BSP

Zypern

Noch sehr mit eigenen Problemen beschäftigt (Wiedervereinigung), EZ spielt nur eine kleine Rolle

Etliche NROs, aber nur einige wenige Aktivitäten in Zentralasien

ODA: 2,3 Mio. EUR, 0,02% des BSP

Prof. Bohnet wies auf mögliche Spannungsfelder bei der gemeinsamen Gestaltung der europäischen Entwicklungspolitik hin:

Zunächst decken sich die regionalen Schwerpunkte der Beitrittsländer nicht mit denen der alten EU-Mitgliedstaaten (AKP-Prioritäten); zum Teil werden Länder gefördert, die nicht zum Kreis der Entwicklungsländer zählen, somit können diese Leistungen nicht als ODA angerechnet werden (Ukraine, Weißrussland).

Zweitens ist eventuell eine administrative Überlastung der Beitrittsstaaten zu befürchten, wobei jedoch eine positive und prioritäre Entwicklung bei den Konzeptionen und der sich allgemein herausbildenden NRO-Struktur durchaus zu erkennen ist.

Des Weiteren fördern die Beitrittsländer vorrangig einzelne Projekte, deren Erfolg für die jeweiligen Bevölkerungen gut sichtbar gemacht werden kann, um damit die Zustimmung zur EZ zu stärken.

Schließlich stehen bei einigen der Beitrittsländer deutlich die eigenen wirtschaftlichen Interessen im Vordergrund (Wunsch nach Lieferbindung).

Im Plenum wurden Bedenken hinsichtlich möglicher Konflikte zwischen den Beitrittsländern und traditionellen Entwicklungsländern geäußert. So könnten beispielsweise vermehrt günstige Textilien aus den neuen EU-Staaten in die Gemeinschaft gelangen, außerdem wurde eine Umschichtung von Direktinvestitionen in die Beitrittsländer zu Lasten der alten Partnerländer befürchtet.

Einen Schwerpunkt in der Diskussion im Plenum bildete die Frage, was die „alten“ EU-Mitgliedsstaaten für die Gestaltung der EZA von den Beitrittsstaaten lernen können. Auf besonderes Interesse stieß dabei der Aspekt der „kulturellen Vielfalt“. Herr Prof. Bohnet erläuterte diesen Aspekt anhand seiner bisherigen Erfahrungen aus Veranstaltungen und Seminaren mit Vertretern der Beitrittsländer. Die Beitrittsstaaten gestalten die politischen und vor allem kulturellen Diskussionen lebendiger. Herauszuheben sei ihre Fähigkeit, Ökonomie, Politik und Kultur „in symbiotischem Verhältnis“ zu präsentieren; der kulturelle Dialog sollte als dritte Säule der Entwicklungspolitik verankert werden.

Außerdem wurden im Plenum weitere wichtige Bereiche diskutiert:

In vielen Beitrittsländern war und ist es gängige Praxis, die direkte persönliche Kommunikation mit den Partnern aus Entwicklungsländern zu pflegen. Dies geschieht in Form von Ausbildung, Austausch (Stagen, Praktika) und der Gewährung von Stipendien in den Beitrittsstaaten. Offen blieb die Frage, ob diese Form der Zusammenarbeit nicht wirkungsvoller sei, als manches Projekt.

Einige Beitrittsländer vergeben EZ-Mittel direkt an Süd-NROs anstatt sie über eigene NROs an Süd-NROs weiterzuleiten bzw. damit eigene Durchführungsorganisationen zu beauftragen. Diese Vorgehensweise blieb in der Diskussion strittig.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Beitrittsländer in Relation zu ihrer Wirtschaftsleistung bereits jetzt erhebliche Hilfen leisten (ODA in 2003: 125 Mio. EUR) und dabei ODA/BSP-Quoten von 0,01% bis 0,1% aufweisen. Die „Quantensprünge“ in diesem Bereich sind dabei zum Teil den sehr engagierten, jungen Mitarbeitern in den Außen- und Finanzministerien zu verdanken, aber auch dem wachsenden Bewusstsein, nun nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zur Mitgestaltung der internationalen Politik zu haben.